KATHOLISCHE FRAUENGEMEINSCHAFT DEUTSCHLANDS

Im Gespräch bleiben über Fragen zu § 218
kfd konkretisiert Positionspapier

Düsseldorf, 11. November 2026. Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) – Bundesverband e. V. hat in einer Bundesversammlung das Positionspapier „Zwischen Lebensschutz und Selbstbestimmung. Positionen und Perspektiven der kfd zu § 218 StGB“ aktualisiert. Die Delegierten sprachen sich mehrheitlich für einige Ergänzungen aus. Diese waren das Ergebnis einer erneuten innerverbandlichen Diskussion nach Gesprächen mit unterschiedlichen Partnerinnen und Partnern.

Der Grundduktus des Papiers wurde nicht verändert: Frauen im Schwangerschaftskonflikt dürfen nicht allein gelassen werden. Für die kfd ist eine pastorale Haltung und Perspektive wichtig, die von der Begleitung, dem Respekt vor der Gewissensentscheidung und der Solidarität mit Frauen im Schwangerschaftskonflikt, ebenso wie dem Schutz des ungeborenen Lebens geprägt ist. Unter anderem hat die kfd ihre Position zur Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Haltungen sowie zur Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen konkretisiert.

Mit der aktualisierten Fassung des Positionspapiers lädt die kfd Kirche und Gesellschaft ein, das Gespräch und den Dialog über die Fragen zum § 218 fortzuführen. Gerade bei einem Thema, das viele Frauen existenziell berührt, braucht es die Bereitschaft zuzuhören, unterschiedliche Erfahrungen ernst zu nehmen und gemeinsame Wege zu suchen.

Das Positionspapier „Zwischen Lebensschutz und Selbstbestimmung. Positionen und Perspektiven der kfd zu § 218 StGB“ steht auf der kfd-Website unter www.kfd.de/218 zur Verfügung und wird Anfang Dezember 2026 in gedruckter Version im kfd-Shop erhältlich sein.